

Forderungspapier der IHK zu Schwerin

Beschluss der Vollversammlung vom 25.09.2019

Forderungen der IHK zu Schwerin zur Stärkung der (Beruflichen) Bildung in Mecklenburg-Vorpommern

Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist aufgrund der demografischen Entwicklung zu einem entscheidenden Wettbewerbsfaktor für die Unternehmen geworden. Gut qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die Quelle für wettbewerbsfähige Produkte und Leistungen. Fachkräftemangel kann die Wachstumschancen des Standortes Mecklenburg-Vorpommern beeinträchtigen und Unternehmensentwicklungen gefährden.

Die Bildungspolitik des Landes ist dafür eine essenzielle Voraussetzung. Insbesondere wegen der demografischen Entwicklung kommt der Bildung künftig eine deutlich stärkere Bedeutung für die Fachkräfteentwicklung und -sicherung in Mecklenburg-Vorpommern zu. Nur stimmige Rahmenbedingungen und Ergebnisse schulischer Bildung ermöglichen den Unternehmen, ihr Engagement in der Aus-, Fort- und Weiterbildung zur Fachkräftesicherung zu entwickeln und erfolgreich umzusetzen.

Deshalb beteiligt sich die Industrie- und Handelskammer zu Schwerin als Interessenvertreterin der regionalen Wirtschaft an der Bildungsdiskussion. Dabei werden die bildungspolitischen Zielstellungen der Landesregierung unterstützt, aber auch dort, wo es aus Sicht der Wirtschaft erforderlich ist, kritisch bewertet und Forderungen erhoben.

Wirtschaft und Politik sind bei der Fachkräftesicherung gleichermaßen gefordert. Die Arbeitgeber stehen dabei vor neuen Herausforderungen. Unternehmen befinden sich zunehmend in einem Wettbewerb um Arbeitskräfte, insbesondere um hochqualifizierte Fachkräfte. Sie müssen sich dieser Aufgabe mit neuen Strategien stellen.

Die Vollversammlung der IHK zu Schwerin stellt 10 Kernforderungen auf, um die Entwicklung der Qualität der Bildung, vor allem der beruflichen Bildung im Land voran zu treiben.

Die 10 (Kern-) Forderungen der IHK zu Schwerin zur Stärkung der (Beruflichen) Bildung in Mecklenburg-Vorpommern

1. Sicherung klar bewertbarer Schulabschlüsse

an den allgemein bildenden Schulen (Berufsreife, Mittlere Reife, Hochschulreife) – Stärkung der mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Schulfächer

2. Klares Bekenntnis für die duale Berufsausbildung

in allen Schulformen, aber insbesondere im Bereich der Regionalschulen

3. Wirksame Berufsorientierung an allen Schulformen

als Aufgabe der Schule unter Einbeziehung aller regionaler Arbeitsmarktakteure und um alle Wege (Berufsausbildung, Studium sowie deren Kopplung durch duale Studiengänge) offen zu halten

4. Förderung der „Besten“ Schüler und Begabten

für die und in der Berufsausbildung

5. Herausbildung von Berufswahlkompetenzen

aller Schulabgänger für den Start einer beruflichen Laufbahn

6. Sicherung der notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten durch Praxisorientierung in den allgemein bildenden Schulen (Praxisbezug)

ausgerichtet an den Anforderungen einer folgenden beruflichen Ausbildung

7. Sicherstellung des Berufsschulunterrichts

durch eine herausragende personelle und fachliche Ausstattung der beruflichen Schulen sowie Sicherung des Lehrernachwuchses an den beruflichen Schulen durch Marketing, Ausbildung und Weiterbildung sowie verpflichtende regelmäßige Fortbildung der Lehrkräfte

8. stärkere Förderung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund

9. Sicherung aller Berufsschulstandorte

Beschulung auch wenn die erforderliche Mindestanzahl von Schülern unterschritten wird, um eine standortnahe Beschulung (bezogen auf den Ausbildungsbetrieb) zu ermöglichen

10. Gleichstellung von Meister und Bachelor

Anerkennung der beruflichen Weiterbildung durch Marketing, Anerkennung und Anrechnung

Die Untersetzung der 10 (Kern-) Forderungen der IHK zu Schwerin zur Stärkung der (Beruflichen) Bildung in Mecklenburg-Vorpommern

1. Sicherung klar bewertbarer Schulabschlüsse

an den allgemein bildenden Schulen (Berufsreife, Mittlere Reife, Hochschulreife) – Stärkung der mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Schulfächer

Situation:

Für Ausbildungsunternehmen in MV ist es schwer, vorliegende Zeugnisse hinsichtlich ihrer Abschlüsse zu werten. Es gibt „eigentlich“ nur 3 Schulabschlüsse „Berufsreife“, „Mittlere Reife“, „Hochschulreife“. Trotzdem gibt es verschiedene Wege, diese Abschlüsse zu erreichen mit unterschiedlichem Niveau. Hinzu kommt, dass das Bestehen und somit das Zuerkennen eines Abschlusses durch Ausgleich unterschiedlicher Leistungen, die Aussagekraft eines Zeugnisses verschlechtert.

Forderungen:

- klare Definition der Schulabschlüsse (Berufsreife, Mittlere Reife, Hochschulreife)
- kein weiteres Absenken des Niveaus
- klare Definition der Kernleistungen (Fächer) Mathe, Deutsch, Physik, Fremdsprachen
- Korrektur, dass für ein „Bestehen“ schlechte Leistungen in Kernfächern wie Mathe, Physik, ... durch Randfächer ausgeglichen werden können

2. Klares Bekenntnis für die duale Berufsausbildung

in allen Schulformen, aber insbesondere im Bereich der Regionalschulen

Situation:

Die duale Berufsausbildung ist die Basis für die Ausbildung der Facharbeiter in der Wirtschaft. Facharbeiter bilden mit einem Anteil von ca. 75% den größten Teil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland. Dieses Niveau zu halten ist kein Selbstlauf, sondern bedingt Information und Marketing, damit Eltern, Großeltern und Lehrer ihre Kinder dahingehend beraten und begleiten können.

Forderungen:

- die duale Berufsausbildung muss als Kern der Fachkräftegewinnung deutlich sichtbar sein
- dafür muss Werbung erlebbar gemacht werden
- Irrwege mit noch mehr Abiturienten und Studenten sind langfristig zu korrigieren

3. Wirksame Berufsorientierung an allen Schulformen

als Aufgabe der Schule unter Einbeziehung aller regionalen Arbeitsmarktakteure und um alle Wege (Berufsausbildung, Studium sowie deren Kopplung durch duale Studiengänge) offen zu halten

Situation:

Die allgemein bildenden Schulen, inkl. der Gymnasien, haben die Aufgabe ihre Schülerinnen und Schüler durch eine geeignete Berufsorientierung auf den Übergang in eine Berufsausbildung vorzubereiten. Schülerinnen und Schüler müssen in der Lage sein, eine Berufswahlentscheidung für sich zu treffen. Das geschieht am besten, wenn dies an Bedarfen und Merkmalen der regionalen Wirtschaft geschieht. Schließlich sollen die Absolventen unserer Schulen auch für die eigene Region begeistert werden.

In den vergangenen Jahren wurde das deutsche Schulsystem immer wieder mit Systemen aus anderen europäischen Staaten verglichen. Da es in diesen Ländern kein vergleichbares System zur dualen Berufsausbildung gibt, nehmen mehr Schüler in diesen Ländern den Weg über die Gymnasien zu weiterführenden Bildungsabschlüssen. Das hat zu einer deutlichen Steigerung der Schülerzahlen an den deutschen Gymnasien geführt. Viele Schüler an den Gymnasien sind leistungsmäßig fehlgeleitet. Die Gymnasien sind keine Leistungsschulen mehr, sondern Hauptschulen im System. Das Ziel der Gymnasien, eine Hochschulzugangsberechtigung durch Leistungen zu erlangen, wird zunehmend verfehlt.

Forderungen:

- Entwicklung und ständige Überarbeitung des Berufsorientierungskonzeptes für jede Schule, unter Berücksichtigung der Gegebenheiten der Region und der Anforderungen der regionalen Wirtschaft
- Umsetzung des Konzeptes in enger Einheit mit der regionalen Wirtschaft und für die Wirtschaft der Region
- Schüler an Gymnasien müssen durch eine gleichrangige Berufs- und Studienorientierung Entscheidungswege aufgezeigt werden, die ihren Leistungen entsprechen
- damit muss die Berufsorientierung an den Gymnasien den gleichen Stellenwert haben wie die Studienorientierung

4. Förderung der „Besten“ Schüler und Begabten

für die und in der Berufsausbildung

Situation:

Die Unternehmen Westmecklenburgs brauchen für das Erbringen von Dienstleistungen und Produkten gute und sehr gute Facharbeiter. Das Fördersystem für benachteiligte Jugendliche ist gut in MV ausgebaut. Die Förderung von besonders leistungsstarken und begabten Auszubildenden fehlt. Deren Unterstützung beginnt erst nach der Berufsausbildung u.a. durch das Weiterbildungsstipendium. Somit spielt diese Zielgruppe kaum eine Rolle und geht für die Wirtschaft des Landes oftmals verloren.

Forderungen:

- Erfassen besonders geeigneter Schülerinnen und Schüler für die Berufsausbildung
- frühzeitige Förderung durch zusätzliche Leistungsangebote (vor der Berufsausbildung)
- Schaffen eines attraktiven Unterstützungssystems während der Berufsausbildung (finanziell und fachlich)

5. Herausbildung von Berufswahlkompetenzen

aller Schulabgänger für den Start einer beruflichen Laufbahn

Situation:

In jedem Jahr verlassen ca. 3.000 Schülerinnen und Schüler die allgemein bildenden Schulen Westmecklenburgs. Sie schlagen verschiedene Entwicklungswege ein. Sie sind in der Region groß geworden und werden in der Region gebraucht. Wir müssen davon ausgehen, dass die Unternehmensstruktur, die damit verbundenen Möglichkeiten und die beruflichen Chancen kaum bekannt sind. Wie sollen dann unsere Jugendlichen in der Lage sein, für sich die richtigen Berufswahlentscheidungen zu treffen?

Forderungen:

- Jugendliche müssen die wirtschaftliche Struktur in Westmecklenburg durch eine geeignete Berufs- und Studienorientierung kennen und durch Praktika erleben
- sie müssen gefördert und gefordert werden, Berufswahlentscheidungen für sich zu treffen
- dazu müssen sie über Kenntnisse verfügen, die fächerübergreifend durch die Schulen vermittelt werden und in einer geeigneten Berufs- und Studienorientierung zusammenlaufen
- Erfahrungen müssen sie darüber hinaus sammeln können
- erst dann erarbeiten sie sich die Kompetenzen, eine Berufswahlentscheidung herbeizuführen
- die Entscheidungen müssen also von den Jugendlichen selbst getroffen werden können

6. Sicherung der notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten durch Praxisorientierung in den allgemein bildenden Schulen (Praxisbezug)

ausgerichtet an den Anforderungen einer folgenden beruflichen Ausbildung

Situation:

Die Lehrpläne für die allgemein bildenden Schulen vermitteln häufig einen statischen und überalterten Eindruck. Sie sind eher nach innen gerichtet als den Anforderungen der Zeit nach der Schule. Die Anforderungen in den einzelnen Berufsrichtungen liegen aber vor und können in die Zielgestaltung einfließen. Die Anforderungen in den Berufen liegen mit den Verordnungen vor.

Diese müssen den allgemein bildenden Schulen zur Verfügung stehen und erläutert werden (u. a. durch die IHK), um daraus das zu erreichende Abschlussniveau zu erarbeiten. Daran hat sich die Wissens- und Kompetenzvermittlung an den Schulen und die Ziele für die Abschlussbewertungen und -noten zu orientieren.

Forderungen:

- Überprüfung der Lehrpläne in den Kernfächern, ob sie ausreichend an den Anforderungen nach der Schulzeit ausgerichtet sind
- enge Zusammenarbeit von Lehrern in den Kernfächern mit Berufspraktikern (aus den Berufsschulen und Ausbildungsunternehmen) um die Inhalte der Lehrpläne kreativ anzuwenden
- ständige Überprüfung, ob die aktuelle Umsetzung noch zeitgemäß ist

7. Sicherstellung des Berufsschulunterrichts

durch eine herausragende personelle und fachliche Ausstattung der beruflichen Schulen sowie Sicherung des Lehrernachwuchses an den beruflichen Schulen durch Marketing, Ausbildung und Weiterbildung sowie verpflichtende regelmäßige Fortbildung der Lehrkräfte

Situation:

Bundesweit stehen ca. 350 Ausbildungsberufe zur Verfügung, von denen aktuell in MV ca. 140 an den Berufsschulen des Landes unterrichtet werden. Die Berufsschulen nehmen die Absolventen der allgemein bildenden Schulen mit sehr unterschiedlichem Leistungsniveau auf und vermitteln die theoretischen Inhalte für die einzelnen Ausbildungsberufe. Berufsschulen sind somit das zentrale Bindeglied zwischen der allgemein bildenden Schule und der Wirtschaft des Landes. Dafür müssen die Berufsschulen personell und sachlich so ausgestattet sein, dass sie nicht nur aktuell handlungsfähig sind, sondern auch zukunftsicher. Diese Ausstattung muss zukunftsorientiert sein und sich nicht nur am „heute“ orientieren. Der Altersdurchschnitt der Lehrer an den Berufsschulen ist deutlich über 50 Jahre. Viele werden vorzeitig in den Ruhestand gehen. Die bisherigen Rechenbeispiele zur Lehrerbedarfsplanung erweisen sich ungeeignet als Planungsgrundlage. Es muss eine Personalreserve aufgebaut werden.

Forderungen:

- sofortige Umsetzung einer Berufsschullehrergewinnungs- und -Qualifizierungsstrategie für die kurz-, mittel- und langfristige Bestandssicherheit der Berufsschulen des Landes
- Aufstockung der Ausbildungskapazitäten für die Berufsschullehrerausbildung an der Universität Rostock und langfristige Sicherung der notwendigen finanziellen Mittel dazu
- Marketingaktivitäten an den Ausbildungsstandorten für Berufsschullehrer in MV und in anderen Bundesländern
- Gewinnung und Ausbildung geeigneter Quereinsteiger für das Lehramt an den Berufsschulen
- Aufbau einer Personalreserve für die Berufsschulen
- Lehrer müssen verpflichtend regelmäßig an Fortbildungen teilnehmen

- Weiterbildung der Berufsschullehrer vor dem Hintergrund der inklusiven Beschulung in den Berufsschulklassen (unterschiedliche Schulabschlüsse, Auszubildende mit Behinderung)
- Koordinierung der technischen Ausstattung der Berufsschulen auf Landesebene, um ein einheitliches Konzept zu fahren und nicht die sehr unterschiedliche regionale Umsetzung (kassenabhängig)
- Veränderung der Zuweisung von Lehrerstunden an die Berufsschulen von der kopfbezogenen Zuweisung hin zu einer klassenbezogenen bzw. lerngruppenbezogenen Zuweisung
- Ausreichende Anbindung der Berufsschulen an einen effektiven ÖPNV, um die Berufsschulen auch zu erreichen
- Bereitstellung ausreichender Internatskapazitäten mit sozialpädagogischer Betreuung

8. Stärkere Förderung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund

Situation:

Der Anteil ausländischer Auszubildender an den Berufsschulen steigt stetig an. In Westmecklenburg sind Jugendliche mit über 20 Nationalitäten in den Berufsschulklassen vertreten. Damit steigt der Anteil der Auszubildenden, die über ein anderes Verständnis zur dualen Berufsausbildung und die damit verbundenen Anforderungen verfügen. Sie haben ein anderes kulturelles Verständnis/Identität, andere schulische Voraussetzungen und Sprachprobleme. Das führt zu besonderen Anforderungen und Problemen bei der Ausbildung in den Ausbildungsunternehmen, vor allem aber an den Berufsschulen.

Forderungen:

- damit das Ausbildungsziel erreicht werden kann, muss diese Gruppe zusätzlich gefördert und gefordert werden
- die Regelausbildung an den Berufsschulen reicht dazu nicht aus

9. Sicherung aller Berufsschulstandorte

Beschulung auch wenn die erforderliche Mindestanzahl von Schülern unterschritten wird, um eine standortnahe Beschulung (bezogen auf den Ausbildungsbetrieb) zu ermöglichen

Situation:

Berufsschulen haben primär den Auftrag, die theoretische Beschulung im Rahmen der dualen Berufsausbildung sicherzustellen, sowie weitere schulische bzw. Vollzeitbildungsgänge umzusetzen. Damit haben sie in erster Linie einen fachlichen Auftrag. Gleichzeitig wirken sie als Kerne in ihren Regionen und erfüllen eine wichtige soziale Aufgabe. Die Berufsschulen in den Regionen aufzugeben und sich auf Zentren zu konzentrieren würde die Räume ausdünnen, Wege verlängern und Berufsausbildung unattraktiv machen.

Forderungen:

- daher müssen Berufsschulen in der Fläche, in der heutigen Struktur, erhalten bleiben und ausreichend ausgestattet werden (personell und sächlich) (siehe Forderung 7)
- Umsetzung eines Azubi-Ticket zur finanziellen Unterstützung der Berufsschüler beim Besuch der Berufsschulen

10. Gleichstellung von Meister und Bachelor

Anerkennung der beruflichen Weiterbildung durch Marketing, Anerkennung und Anrechnung

Situation:

Die IHK-Organisation verfügt über ein bewährtes und ständig weiterentwickeltes System Ausbildung und Fortbildung (höhere Berufsbildung). Die höhere Berufliche Bildung (Aufstiegsfortbildung) zu Fachwirt, Meister oder Betriebswirt, setzt dabei konsequent auf die Einheit von Wissen, das erworben werden muss und praktische Erfahrung, die nachgewiesen werden muss. Dadurch ist das Gesamtsystem eine Einheit und minimiert die notwendige Einarbeitungszeit erheblich. Es hat somit eine wichtige Bedeutung bei der Fachkräfteentwicklung und persönlichen Perspektive.

Forderungen:

- konsequente Bewerbung der Möglichkeiten der Aufstiegsfortbildung zum Meister, Fachwirt, Betriebswirt, ...
- weitere finanzielle Unterstützung durch Anpassung und Modernisierung des AFBG
- Anrechnung der Leistungen auf weiterführende Studiengänge an den Hochschulen (Sicherung der Durchlässigkeit beruflich erworbener Abschlüsse auf entsprechende Studiengänge)

Industrie- und Handelskammer zu Schwerin
Schwerin, den 25. September 2019

Matthias Belke
Präsident

Siegbert Eisenach
Hauptgeschäftsführer